

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 100 (2009)
Heft: 4

Rubrik: Energiepolitik = Politique énergétique

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Massvolle Erhöhung des Wasserzinses befürwortet

Der Bundesrat befürwortet die Erhöhung des maximalen Wasserzinses von 80 auf 110 CHF/kWh. 10 Jahre nach der letzten Erhöhung werde damit die Teuerung ausgeglichen, schreibt er in einer Stellungnahme zu einem Kommissionsentwurf.

Der Vorschlag für die Erhöhung des Wasserzinses stammt von der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats. Anpassen will diese die Obergrenze in 2 Stufen, nämlich 2011–2015 und 2016–2020.

Der Bundesrat begrüsst das Vorgehen, mahnt jedoch angesichts der ohnehin steigenden Strompreise zur Vorsicht. Andererseits anerkennt er auch, dass sich die Stromkonzerne stärker als früher am europäischen Stromhandel beteiligten. Die Preise für Spitzen- und Regelenergie seien stark gestiegen, wovon die Schweizer Wasserkraft profitiere.



Der Bundesrat hat den Wasserzins auf 110 CHF/kWh erhöht.

Folgen hätte eine Erhöhung für die SBB, die für die Fahrenergie rund 2,6% mehr bezahlen müsste. Andererseits könnten Kantone und Gemeinden mit Mehreinnahmen von rund 150 Mio. CHF rechnen. Der Ständerat entscheidet am 19. März über die vorgeschlagene Revision des Wasserrechtsgesetzes (WRG).

Den Wasserzins entrichtet die Strombranche den Gebirgskantonen für Wasser in Stauseen. Der Anteil der Wasserzinsen an den gesamten Steuereinnahmen der Gebirgskantone kann beträchtlich sein: In Uri liegt er über 22%. (SDA/bs)

Gründliche Analyse nach einem Jahr KEV

Der Bundesrat muss nächstes Jahr die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV)

überprüfen. Das neue Fördersystem für grünen Strom ist seit Anfang 2009 in Betrieb und hat bereits zahlreiche Schwachstellen erkennen lassen.

Mit einem Postulat forderte die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats etwa gleich lange Anmeldefristen für Wasserkraft und Windenergie. Mit weiteren Vorstössen verlangte sie, dass die Vergütung für solarthermische Kraftwerke und die Mehrkosten für photovoltaische Anlagen auf Dächern überprüft werden.

Der Nationalrat überwies die 3 Postulate stillschweigend. Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, die Aufträge entgegenzunehmen, da er das ganze Einspeisesystem nach dem ersten Betriebsjahr ohnehin genau analysieren wolle. Weitere Vorstösse zum Thema KEV sind noch hängig.

Seit Anfang 2009 erhalten Produzenten von erneuerbarem Strom aus kleinen Wasserkraftwerken, Fotovoltaik, Windenergie, Geothermie, Biomasse sowie Abfällen eine kostendeckende Einspeisevergütung für den von ihnen ins Netz abgegebenen Strom. Wegen der begrenzten Mittel können aber schon im ersten Jahr bei Weitem nicht alle Anlagen berücksichtigt werden. (SDA/bs)

Breite Allianz fordert Verzicht auf neue AKW

Die SP, die Grünen, die CSP und zahlreiche Umweltverbände drängen den Bund erneut, auf neue Atomkraftwerke zu verzichten. Die Technologien, um auf Atomstrom zu verzichten, existierten bereits heute. Dem Bund mangle es einzig am Mut, diese zu nutzen.

Nach Ansicht der Allianz «Nein zu neuen AKW» bremsen Atomkraftwerke den politischen Willen, Energie zu sparen und in erneuerbare Energien zu investieren. Dabei seien Atomkraftwerke gar nicht nötig: Die Stromversorgung der Schweiz sei auch ohne Atomstrom gewährleistet.

Sparsamer Umgang mit Strom

Bereits heute könne mit energieeffizienten Geräten der Stromverbrauch in der Schweiz bis zu einem Drittel gesenkt werden, sagte WWF-Geschäftsführer Hans-Peter Fricker vor den Medien in Bern.

Dazu müssten ineffiziente Geräte verboten und strenge Grenzwerte eingeführt werden. Auch eine Lenkungsabgabe schaffe Anreize, um Strom zu sparen, sagte Fricker.

In erneuerbare Energie investieren

Neben dem effizienteren Einsatz der Energie vertraut die Allianz auf erneuerbare Energien. Sie geht davon aus, dass dank dieser bis 2035 ein jährlicher Stromüberschuss produziert werden kann.

Anstatt Gelder in Atomkraftwerke zu investieren, will die Anti-AKW-Allianz Geld in die umweltfreundliche Energieerzeugung stecken. Im Vordergrund stehen dabei Wasser-, Windkraft- und Solarenergie.

Gleichzeitig machte Sophie Michaud Gigon von Pro Natura klar, dass der Bau der Anlagen nicht auf Kosten der Landschaft oder der Natur gehen darf. Nicht jedes Projekt zur Erzeugung von Strom sei automatisch geeignet.

Impulse für Wirtschaft

SP-Nationalrat und Gewerkschaftsbund-Präsident Paul Rechsteiner (SG) will mit der Förderung erneuerbarer Energien auch Wirtschaftspolitik betreiben. Die saubere Energiegewinnung habe das Potenzial, Jobs zu schaffen und die Wirtschaft anzukurbeln, sagte er vor den Medien.

Letztes Jahr hatten die 3 Stromkonzerne Axpo, BKW und Alpiq 3 Rahmenbewilligungsgesuche für den Bau neuer Atomkraftwerke eingereicht. Die Allianz «Nein zu neuen AKW» aus 32 Umweltverbänden und Parteien reagierte umgehend und kündigte an, gegen den Bau eines Atomkraftwerks das Referendum zu ergreifen. (SDA/bs)

Energieausweis für Gebäude scheidet Geister

Der Energieausweis für Gebäude scheidet die Geister entlang ideologischer Gräben: Während die Linke, Gewerkschaften, Konsumenten- und Mieterorganisationen ein Obligatorium fordern, unterstützen Bürgerliche und Wirtschaftskreise nur die freiwillige Deklaration.

In seiner Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Energiegesetzes schlägt der Bundesrat einen einheitlichen Energieausweis vor. Dieser soll den Energieverbrauch von Häusern ausweisen und damit Transparenz schaffen für Käufer und Mieter. Der Ausweis soll vorerst freiwillig sein. Obligatorisch erklären können sollen ihn die Kantone.

Freiwilliger Ausweis

Dies geht einigen Organisationen aber schon zu weit. So unterstützt etwa der Hauseigentümergeverband zwar den Energieausweis, wehrt sich aber entschieden gegen allfällige Obligatorien in den Kantonen.

nen. Nur freiwillig werde der Ausweis auch dort eingesetzt, wo Erneuerungsmassnahmen ernsthaft geplant seien, heisst es in einer Stellungnahme.

Ähnlich lassen sich die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände vernehmen: Der Immobilienmarkt werde über den Erfolg des Energieausweises entscheiden, schreiben die FDP und der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Eine obligatorische Einführung würde in erster Linie die Bürokratie aufblähen und Mehrkosten verursachen. Aus gleichen Gründen lehnt die SVP den Gebäudeausweis ab.

Auch der Schweizerische Gewerbeverband wehrt sich grundsätzlich gegen die Verankerung des Energieausweises im Energiegesetz. Umweltprobleme müssten über Eigenverantwortung und Aufklärung und nicht durch zusätzliche Vorschriften und Abgaben gelöst werden.

Linke fordern Obligatorium

Links der Mitte ist man sich dagegen einig, dass nur ein obligatorischer Gebäu-

deenergieausweis Erfolg haben kann. Fast die Hälfte der Energie werde heute in Gebäuden verbraucht, schreibt etwa die SP. Dieses enorme Sparpotenzial könne nur mit einem Obligatorium ausgeschöpft werden.

Ins gleiche Horn stossen Grüne, die Gewerkschafts-Dachverbände SGB und Travail Suisse, die Stiftung für Konsumentenschutz und der Mieterinnen- und Mieterverband. Die Organisationen unterstützen auch Finanzhilfen für energetische Sanierungen, aber nur, wenn damit Anreize für zusätzliche Investitionen geschaffen werden.

Stromfresser eliminieren

Mit einer Revision der Energieverordnung geht der Bundesrat zudem gegen Energieverschwendung im Haushalt vor: Haushaltgeräte, Drucker, Elektromotoren oder Settopboxen, die zu viel Strom verbrauchen, sollen bis Anfang 2011 vom Markt verschwinden. Das Ziel ist, 60 Mio. kWh/Jahr einzusparen. Dies entspricht dem

Strombedarf von rund 15 000 Haushaltungen.

Grundsätzlich bestritten sind diese Bestrebungen kaum. SVP und Gewerbeverband etwa kritisieren den Alleingang der Schweiz. Für den Gewerkschaftsbund und die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) gehen die Massnahmen dagegen viel zu wenig weit. Einsparungen von 1% des Stromverbrauchs bezeichnet die Stiftung als «Verwaltungsleerlauf» – möglich wären Einsparungen bis zu 10%.

Dafür ist gemäss SKS unter anderem aber die konsequente Umsetzung einer «Best Available Technology»-Strategie notwendig. Eine solche fordern auch die Umweltverbände. Sie kritisieren zudem, dass das riesige Sparpotenzial bei Geräten, Anlagen und Industriemotoren bei Weitem nicht ausgenutzt werde. (SDA/bs)



Priska Zenklusen, Bauingenieurin (Junior)
«Vorankommen und dabei immer das Ziel im Auge behalten.»

ihre partner for
1to1
energy

Die Liberalisierung im Strommarkt setzt Impulse frei und eröffnet neue Chancen. Wir verstehen sie als Aufforderung, uns dynamisch weiterzuentwickeln. Dazu sind wir auf engagierte Mitarbeitende angewiesen wie beispielsweise Priska Zenklusen. Zielbewusst und beharrlich realisiert sie anspruchsvolle Projekte – und trägt so zur Unternehmensentwicklung bei.

Bei der BKW FMB Energie AG sorgen 2500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter heute dafür, dass bei mehr als einer Million Menschen zuverlässig der Strom fliesst. Gehören Sie morgen dazu? Wir freuen uns, wenn Sie mit uns die Zukunft angehen.

BKW FMB Energie AG, Human Resources Management, Telefon 031 330 58 68,
info@bkw-fmb.ch, www.bkw-fmb.ch/jobs

BKW®

Many electrical products in Europe are not safe – **we have the solution...**

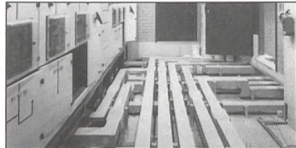
ENEC is **the** high quality European mark for electrical products that demonstrates compliance with European safety standards.

Electrosuisse
Luppenstrasse 1, CH-8320 Fehraltorf
Phone +41 44 956 13 14
testing@electrosuisse.ch
www.electrosuisse.ch

electrosuisse >>



Europe Safe
www.enec.com



LANZ HE-Stromschienen zur sicheren Stromübertragung und -Verteilung IP 68 (S) Giessharzvergossen 400 A – 6000 A

Die **weltbeste Stromschiene**. 100% korrosionsfest. Max. Personensicherheit und Verfügbarkeit. EN / IEC typengeprüft. Abschirmung für höchste EMV-Ansprüche gemäss BUWAL. Auch mit 200% Neutralleiter. Anschlusselemente standard oder nach Kundenspezifikation. Abgangskästen auch IP 68. Abrutschsicher verzahnte Befestigung (intl. pat.).

- Für die änder- und erweiterbare Stromversorgung von Beleuchtungen, Anlagen und Maschinen in Labors, Werkstätten, Fertigungsstrassen, Fabriken, Sportstadien etc.
- **Speziell empfohlen** für die Trafo-Hauptverteilungs-Verbindung, zur Stockwerk-Erschliessung in Verwaltungsgebäuden, Rechenzentren und Spitälern, zum Einsatz in Kraftwerken, Kehrlichtverbrennungs-, Abwasserreinigungs- und Aussenanlagen. – Produktion ISO 9001. Sicherheitszeichen (S).

Beratung, Offerte, rasche preisgünstige **Lieferung weltweit** von **lanz oensingen ag 4702 Oensingen** Tel. 062 388 21 21 e-mail info@lanz-oens.com Fax 062 388 24 24

- Mich interessieren **LANZ HE**. Bitte senden Sie Unterlagen.
- Könnten Sie mich besuchen? Bitte tel. Voranmeldung!

Name / Adresse / Tel. _____

S1

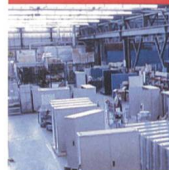


lanz oensingen ag

CH-4702 Oensingen
Telefon 062 388 21 21
www.lanz-oens.com
Südringstrasse 2
Fax 062 388 24 24
info@lanz-oens.com

Aluminium Gehäusesysteme

DER UMFASSENDE
SCHUTZ FÜR IHRE
TECHNOLOGIE!



www.almatec.com

Almatec AG
Industriestrasse 6
CH-6170 Schüpfheim
Tel.+41 41 485 77 77
Fax:+41 41 485 77 88
info@almatec.com

ALMATEC

Ein Unternehmen der Mechatronics Group